



LGBTI Gewalterfahrungen Umfrage

Eine Studie zu Hassverbrechen in Österreich



IG Soziologie Forschung

ZVR: 486958325
www.igsf.at

Leitung:

Patrick Hart

Mitarbeiter:

Patrick Hart
Patrick Painsi

Inhalt

Quick Summary	3
Einleitung	5
Methodik	7
Ergebnisse	10
Überblick über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer	11
Fazit: Überblick über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer	12
Welche Taten passieren?	13
Fazit: Welche Taten passieren?	18
Wer wird Opfer?	19
Fazit: Wer wird Opfer?	21
Auswirkungen auf die Opfer	22
Fazit: Auswirkungen auf die Opfer	25
Welche Taten werden zur Anzeige gebracht?	26
Fazit: Anzeige von Delikten	28
Wo ereignen sich die Taten?	29
Fazit: Orte von Hate-Crimes	31
Wer waren die Täter?	32
Fazit: Wer waren die Täter?	36
Wann ereignen sich die Taten?	37
Fazit: Wann finden die Taten statt?	40
Einstellung zur Polizei	41
Fazit: Einstellung zur Polizei	43
Maßnahmen zur Erhöhung der Anzeigebereitschaft	44
Offene Antworten zu den Maßnahmen	46
Vorschläge der Befragten	51
Fazit zu den Maßnahmen	53

Quick Summary

1. Rund 5% aller LGBTI in Österreich werden im Jahr Opfer einer Körperverletzung. Im Vergleich zur restlichen Bevölkerung ist das Risiko damit rund 10mal so hoch. Wie Vergleiche mit anderen Studien zeigen, ist dieser Wert eher als konservatives Minimum zu sehen.
2. Basierend auf vergleichenden Schätzungen aus anderen EU-Ländern sowie den U.S.A. gehen wir davon aus, dass die LGBTI-Community in Österreich mindestens 3,5% ausmacht. Diese 3,5% werden jedes Jahr Opfer von ca. 17.000 Körperverletzungen. Das sind ca. 50% der ca. 37.000 angezeigten Körperverletzungen in Österreich.
3. Die absolute Mehrzahl dieser Fälle wird niemals zur Anzeige gebracht. Der wichtigste Grund dafür ist mangelndes Vertrauen in die Polizei, im Besonderen die Sorge, dass diese das Anliegen nicht ernst nehmen würde. Dabei haben die meisten LGBTI keine schlechte Meinung von der Polizei, eher eine leicht positive. Sie scheinen ihr nur nicht zuzutrauen, ihre eigenen Fälle adäquat zu behandeln.
4. Das „typische“ Opfer eines Hate-Crimes in Österreich ist ein junger Mann zwischen 18-35, der in einem städtischen Umfeld lebt. Dabei darf jedoch nicht vernachlässigt werden, dass auch Frauen in hohem Ausmaß Opfer von Hasskriminalität werden. Je jünger die LGBTI in Österreich sind, desto wahrscheinlicher werden sie Opfer eines Hassverbrechens.
5. Die meisten Taten passieren am Wochenende zwischen 21 Uhr und 3 Uhr. Die häufigsten Tatorte sind eine offene Straße bzw. die öffentlichen Verkehrsmittel.
6. Die meisten Täter sind den Opfern nicht bekannt. Beschreibungen der Opfer zufolge sind die Täter jedoch in den meisten Fällen junge Männer zwischen 18 und 24 Jahren und verüben die Taten meist in Gruppen. Junge Frauen scheinen sich vornehmlich nur dann an Hassverbrechen zu beteiligen, wenn sie in einer Gruppe mit jungen Männern unterwegs sind.

7. Die psychischen Auswirkungen auf die Opfer sind immens. Die meisten Opfer geben an, durch die Tat stark oder sehr stark psychisch belastet worden zu sein. Ein Test auf post-traumatische-Belastungsstörungen (PTBS), welcher mit den Opfern durchgeführt wurde, hat ergeben, dass nach einem Jahr rund 33% der Opfer einer Körperverletzung an einer PTBS leiden; im Vergleich zu den klinisch beobachteten 25% unter der Allgemeinbevölkerung. Dramatischerweise zeigen auch 20% der Opfer einer Beleidigung nach einem Jahr Zeichen einer PTBS.
8. Die meisten Opfer suchen nach den Taten keine psychotherapeutische Hilfe, auch wenn sie angeben, durch die Tat sehr stark psychisch belastet worden zu sein. Der wichtigste Grund hierfür ist, dass sich viele Opfer nicht trauen, Hilfe zu suchen.
9. Eine beste Maßnahme zur Erhöhung der Anzeigebereitschaft gibt es nicht. Mehrere Maßnahmen zur gleichen Zeit einzusetzen, scheint den meisten Erfolg zu versprechen. Wenn alle unsere vorgestellten Maßnahmen auf breiter Ebene eingeführt werden, gehen wir davon aus, dass zwischen 25% - 45% aller Hassverbrechen gegen LGBTI zur Anzeige gebracht werden können.

Einleitung

Diskriminierungen gegen LGBTI in Österreich sind ein regelmäßig auftretendes Phänomen. Das zeigen nicht nur wiederkehrende Berichte in den Medien, sondern mittlerweile auch eine Reihe von Studien. Was wir aber noch nicht verstehen, ist, welche Form diese Diskriminierungen annehmen. Von was sprechen wir, wenn wir sagen, dass LGBTI in Österreich diskriminiert werden? Bisherige Arbeiten zu diesem Thema fassen Diskriminierungen und Übergriffe in einem sehr breiten Rahmen. Was wir mit dieser Arbeit versuchen aufzuzeigen, ist die Seite der Diskriminierung, welche sich nicht auf Beleidigungen und Anspielungen beschränkt, sondern in konkrete Gewalt übergeht.

Dazu unterscheiden wir Gewaltformen nach strafrechtlich relevanten Kriterien in Drohungen, Eigentumsdelikte sowie Körperverletzungen. Obwohl strafrechtlich nicht relevant, haben wir Beleidigungen ebenfalls in diesem Kanon aufgenommen, da sie für viele LGBTI Alltag sind. Zusammen mit diesen Definitionen haben wir unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, uns Auskunft über die Taten selbst, die Orte an denen die Taten stattfinden und die Täter zu geben sowie die Auswirkungen der Taten näher zu beschreiben. Für die Klassifizierung von Hassverbrechen haben wir das ASG-System verwendet, welches von MANEO in Deutschland entwickelt wurde und auf Arbeiten des F.B.I. basiert. Zur Evaluierung der psychischen Auswirkungen auf die Opfer haben wir einen international renommierten Test auf Post-traumatische-Belastungsstörungen verwendet. Schließlich haben wir noch versucht, in Erfahrung zu bringen, welche Maßnahmen die Opfer von Hassverbrechen in Zukunft dazu bringen könnten, diese auch anzuzeigen.

Die methodischen Schwierigkeiten einer derartigen Untersuchung sind immens. Sie beginnen bei der unbekanntem Größe der Grundgesamtheit aller LGBTI in Österreich, wodurch repräsentative Aussagen schwierig werden und gehen hin zur möglichen Vorselektion unserer Teilnehmenden, Verzerrungen der Daten und Sabotageversuche. Wir sind der Überzeugung, dass wir für alle diese Probleme eine arbeitsfähige Lösung gefunden haben und beschreiben diese näher im Methodik-Teil bzw. in den jeweiligen Kapiteln.

Wir hoffen, mit dieser Arbeit einen ersten Überblick über das Phänomen Hasskriminalität gegen LGBTI in Österreich geben zu können. Viele Fragen sind noch ungeklärt, aber ein erster Überblick ist geschaffen, welcher Schritte für die Zukunft möglich macht. Diese Arbeit wäre niemals entstanden ohne die Unterstützung der Gay-Cops-Austria und vor allem Josef Hosp,

der uns immer tatkräftig zur Seite stand. Wir möchten uns auch bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Untersuchung bedanken, sowie bei den anonymen Spendern, welche diese Untersuchung finanziert haben. Ohne sie würden Hassverbrechen gegen LGBTI in Österreich noch immer ein weißer Fleck auf der Landkarte sein.

Patrick Hart

Projektleiter und Vorstandsvorsitzender
der IG Soziologie Forschung

ZVR: 486958325

www.igsf.at



Mit freundlicher Unterstützung durch anonyme Spender, den Verein Gay-Cops-Austria sowie das Queer Referat der Österreichischen Hochschülerschaften Graz.



Methodik

Im Unterschied zu vergleichbaren Arbeiten auf diesem Gebiet, wie zum Beispiel dem EU-LGBT Survey oder der Diskriminierungsstudie der Wiener Antidiskriminierungsstelle, verwenden wir für unsere Untersuchung eine sehr scharfe Definition von Gewalt. Wir fragen unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht danach, ob sie bereits einmal einen „Übergriff“ erlebt haben oder „angegriffen“ wurden; wir fragen nach Bedrohungen, nach Diebstählen und nach Körperverletzungen, jeweils mit konkreten Beispielen, damit eine Einordnung einfacher fällt. Ein derartiges Vorgehen hat spezifische Vorteile, aber auch Nachteile. Der größte Nachteil ist sicherlich, dass die Zahlen der TeilnehmerInnen aus diesem Grund wesentlich geringer ausfallen als bei anderen vergleichbaren Studien. Durch die scharfe Definition von Gewalt und der großen Gründlichkeit bei der Auswertung und Aufbereitung der Daten mussten wir eine große Reihe von Daten für die Analyse ausschließen. Dieses Vorgehen ist auf der anderen Seite aber auch die größte Stärke dieser Analyse. Wir arbeiten nur mit Fällen, welche wir zweifelsfrei einem homo- oder transphoben Hintergrund zuordnen können und welche sich durch eine inhaltliche Tiefe auszeichnen. Aus diesen Gründen müssen die von uns vorgestellten Zahlen vor allem als eine konservative Untergrenze gesehen werden, die für Gewaltverbrechen gegen Homo- und Transsexuelle verstanden werden kann. Mit diesem Ausmaß und dieser Zahl an Taten ist mindestens zu rechnen.

Für die Erforschung der Gewaltverbrechen gegen LGBTI in Österreich haben wir einen Online-Fragebogen verwendet. Wir haben uns für dieses Vorgehen entschieden, da wir es aus mehreren Gründen mit einem äußerst heiklen Thema zu tun haben: Erstens können wir davon ausgehen, dass die Erlebnisse mit Gewaltverbrechen für die Opfer oft einen traumatischen Einschnitt in ihrem Leben darstellen. Wie wir später noch sehen werden, suchen nur die wenigsten Opfer professionelle Hilfe, auch wenn sie von den Taten schwer mitgenommen sind. Offensichtlich fällt es den Opfern also schwer, über das Erlebte zu sprechen. Von den Opfern deswegen zu erwarten, Fremden eine Auskunft zu diesem sensiblen Thema zu geben, ist völlig unrealistisch. Wir wissen aber auch, dass es vielen Opfern ein Anliegen ist, über das Erlebte zu sprechen, wenn sie dafür einen sicheren und vertrauten Rahmen nutzen können. Ein Online-Fragebogen gibt den Opfern dabei die Möglichkeit, in aller Ruhe und in von ihnen selbst gewählter Ausführlichkeit über das Erlebte zu berichten, während sie sich gleichzeitig von zu Hause oder einem anderen vertrauten Ort aus mit dem Thema auseinandersetzen können. Zweitens ist das Thema von Gewaltverbrechen gegen LGBTI heikel, da wir davon ausgehen müssen, dass nicht alle Opfer geoutet sind. Die Kontaktaufnahme mit einem wissenschaftlichen Team,

welches explizit dieses Thema erforscht, ist mehr als ein deutliches Zeichen für alle Bekannten eines nicht geouteten Opfers. Selbst wenn wir absolute Anonymität zusichern, würde eine Rest-Hemmschwelle bleiben, welche die Opfer davon abhalten würde, über das Erlebte Auskunft zu geben. Ein Online-Fragebogen dagegen kann zu jeder Zeit ausgefüllt und abgeschickt werden. Alle Daten, welche auf diesem Wege erhoben wurden, sind völlig anonym. Weder wurden die IP-Adressen der Teilnehmenden aufgezeichnet, noch ist die Umfrage an sich, die Rohdaten oder die Strukturen auf den Servern noch existent. Alle Daten wurden gelöscht. Es existieren nur noch die aggregierten Ergebnisse in diesem Bericht.

Unsere Befragung war dabei über einen Zeitraum von insgesamt vier Monaten, von Mai bis August 2015, erreichbar. In dieser Zeit wurde die Umfrage über einen Twitter-Feed und eine Facebook-Seite beworben. Zusätzlich haben sich viele Organisationen bereit erklärt, die Umfrage zu unterstützen, indem sie auf den Twitter-Feed oder die Facebook-Seite hingewiesen haben, beziehungsweise den Link zur Umfrage direkt zugänglich gemacht haben. Daneben hat sich das Dating-Portal „Gay-Romeo“ bereit erklärt, eine kostenlose Bannerwerbung zur Umfrage für alle Personen aus Österreich zu schalten. Allen Unterstützern sei hier ein herzlicher Dank ausgesprochen!

Insgesamt haben 684 Personen an der Befragung teilgenommen. Wir haben diese ursprüngliche Anzahl an Daten auf die Sinnhaftigkeit der Angaben und mögliche Inkonsistenzen überprüft. Dazu zählten vor allem unschlüssige Angaben zu verschiedenen Fragen, wie zum Beispiel die Tendenz, bei allen Antwortmöglichkeiten immer die erste Option zu wählen. Wir sind davon ausgegangen, dass derartige Antwortmuster daraus entstehen, dass die Teilnehmenden den Fragebogen zum Spaß durchklicken oder die Erhebung bewusst sabotieren wollen. Wir haben Antworten, welche einem derartigen Muster entsprechen, deswegen ausgeschlossen. Daneben haben wir Teilnehmende ausgeschlossen, welche nur die notwendigsten Angaben gemacht haben, um zur nächsten Seite des Fragebogens zu kommen ohne andere, sehr elementare Fragen zu beantworten. Ein Beispiel dafür wären Personen, die angaben, Opfer aller Straftaten geworden zu sein, ohne jedoch die Folgefragen auch nur zu lesen. Auch haben wir während der Umfrage die Zeit gemessen, welche unseren Teilnehmenden gebraucht haben, um die Fragen zu beantworten. Wenn nun eine Person für das Ausfüllen eines Fragenblockes nur fünf Sekunden gebraucht hat, obwohl die durchschnittliche Zeit für diese Angaben für alle anderen bei rund fünf Minuten lag, sind wir davon ausgegangen, dass diese Fälle für die Analyse nicht zu verwenden sind. Wir haben auch diese Fälle ausgeschlossen. Als letzten Schritt haben wir den ASG-Kriterien-Katalog von MANEO in Deutschland verwendet, um die Gewalttaten zu klassifizieren. Der ASG-Katalog baut dabei auf die Arbeit des F.B.I. in den Vereinigten Staaten auf und ermöglicht es, einen homo- oder transphoben Hintergrund zu bestimmen. Alle angegebenen Taten, welche nach diesem Katalog nicht als homo- oder transphob einzustufen sind, haben

wir ebenfalls von der Analyse ausgeschlossen. Durch dieses Ausschlussverfahren bleiben schließlich 553 Fälle für die Auswertung übrig.

Von diesen 553 Fällen sind schließlich noch die 82 Personen zu unterscheiden, welche den Fragebogen nicht vollständig ausgefüllt haben. Wir haben bewusst die Fragen zu dem soziodemografischen Hintergrund der Befragten als letzte Seite gewählt, da wir damit gerechnet haben, dass viele Befragte hierzu keine Angaben machen wollen. Diese 82 Personen haben dennoch Angaben zu erlebten Straftaten gemacht, deswegen inkludieren wir sie in die Analyse. Diese unbekanntten Fälle sorgen allerdings dafür, dass Aussagen zu der Struktur und dem Muster von Straftaten nur in kleinerem Ausmaß möglich sind.

Trotz dieser Einschränkungen sind wir der Meinung, dass wir mit diesem Bericht eine grundlegende Orientierungshilfe für das Verständnis von Hassverbrechen gegenüber LGBTI liefern können.

Ergebnisse:

Die Ergebnisse in diesem Bericht sind nach einem gleichbleibenden Muster aufgebaut. Wir stellen zuerst die Daten selbst so übersichtlich wie möglich dar und liefern, soweit nötig, Kommentare zu der Qualität der Daten selbst. Anschließend interpretieren wir die Daten und setzen sie in Kontext zu den Ergebnissen aus dem restlichen Bericht, soweit dies sinnvoll ist.

Die Ergebnisse teilen sich dabei in 9 große Themenfelder:

- **Welche Taten passieren?**
- **Welche Taten werden angezeigt?**
- **Wer sind die Opfer?**
- **Welche Auswirkungen haben die Taten auf die Opfer?**
- **Wer sind die Täter?**
- **An welchen Orten finden die meisten Taten statt?**
- **Zu welcher Zeit finden die meisten Taten statt?**
- **Wie stehen LGBTI zur Polizei?**
- **Welche Maßnahmen können die Anzeigebereitschaft erhöhen?**

Überblick über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Werfen wir zuerst einen Blick auf die grundsätzliche Zusammensetzung unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Geschlecht bei Geburt	abs.
Männlich	253
Weiblich	187
Weder noch	1

Geschlecht, gefühlte Zugehörigkeit	abs.
Männlich	227
Weiblich	160
Transgender	4
Queer	36
Intersexuell	4
Keinem	8
Einem Anderem	8

Sexuelle Orientierung	abs.
Homosexuell	308
Bisexuell	54
Heterosexuell	12
Pansexuell	13
Lehne Selbstdefinition ab	29
Einer anderen	2

Alter, gruppiert	abs.
14 bis 18	24
19 bis 25	138
26 bis 35	39
36 bis 45	93
46 bis 55	36
56 bis 65	8
über 65	3
keine Angabe	112

Wohnort, Bundesland	abs.
Wien	220
Niederösterreich	41
Oberösterreich	30
Salzburg	23
Tirol	25
Vorarlberg	25
Burgenland	5
Steiermark	61
Kärnten	8
keine Angabe	5

Wohnort, Ortsgröße	abs.
Stadt	152
Land	286
keine Angabe	115

Einkommen	abs.
bis 400€	61
401 bis 600€	29
601 bis 800 €	35
801 bis 1000€	34
1001 bis 1500 €	67
1501 bis 2000€	54
2001 bis 2500 €	57
2501 bis 3000 €	44
über 3000 €	54
keine Angabe	118

Fazit: Überblick über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Wie wir aus den oberen Daten sehen können, haben wir einen leichten Überhang an männlichen Teilnehmern. Die meisten unserer Teilnehmenden bezeichnen sich dabei selbst als homosexuell. Altersmäßig weisen die Daten eine ausgewogene Mischung auf, wobei wir eine leichte Häufung bei 19 bis 25-Jährigen beobachten können. Wir haben überdurchschnittlich viele Teilnehmende aus einem städtischen Kontext (mehr als 100.000 Einwohner), daraus ergibt sich auch ein Überhang der Bundesländer Wien und Steiermark.

Welche Taten passieren?

Die erste Frage, welche beantwortet werden muss, ist die Frage nach der Häufigkeit von Verbrechen gegen LGBTI in Österreich selbst.

Sind Sie in den letzten 12 Monaten Opfer von Gewalt geworden, weil Sie LGBTI sind?

	abs.	proz.
Ja	105	18,99%
Nein	448	81,01%
	553	100,00%

Unsere Befragten haben angegeben, dass rund ein Fünftel von ihnen innerhalb des letzten Jahres Opfer von Gewalt geworden ist, weil sie LGBTI sind. Wenn wir diese Ergebnisse mit den Daten aus dem EU-LGBT Survey und der WAST vergleichen, sehen wir, dass beide Studien zu wesentlich höheren Zahlen kommen.

	Beleidigung/Diskriminierung	Körperverletzung/Attacke
Unsere Studie	10%	5%
EU-LGBT Survey	48%	31%
WAST	70%	20%

Wir gehen davon aus, dass das vor allem in der verwendeten Definition von „Gewalt“ oder von „Übergriffen“ liegt, welche in diesen Studien verwendet wurden. Im Gegensatz zu den beiden vergleichbaren Studien haben wir eine wesentlich schärfere und genauere Definition von „Gewalt“ verwendet. Aus diesem Grund liegen die Zahlen unserer eigenen Untersuchung auch durchwegs unter denen der vergleichbaren Studien zu diesem Thema. Viele der Fälle, welche in den beiden anderen Studien definitiv zu einem „Treffer“ geführt haben, würden in unserer Untersuchung nicht als Beleidigung oder Körperverletzung gewertet werden. Damit wollen wir nicht sagen, dass diese Fälle keine Rolle spielen oder keine Bedeutung hätten. Wir wollten uns in dieser Studie aber ausdrücklich auf strafrechtlich relevante Aspekte der Diskriminierung im engeren Sinne beziehen. Die Aspekte der Diskriminierung im weiteren Sinne werden durch die beiden anderen Studien bereits hervorragend beantwortet.

In der nächsten Frage haben wir unsere Befragten gebeten, die von ihnen erlebte Gewalt genauer zu definieren.

Um welche Tat hat es sich gehandelt? (Mehrfachnennungen)

	abs.	proz.	proz. Ges
Beleidigung	88	52,69%	15,91%
Bedrohung	34	20,36%	6,15%
Eigentumsdelikt ohne Körperverletzung	8	4,79%	1,45%
Eigentumsdelikt mit Körperverletzung	4	2,40%	0,72%
Körperverletzung	33	19,76%	5,97%
	167		

Wir sehen hier, dass der Großteil der erlebten Gewalt verbal, in Form von Beleidigungen, auftritt. Dieses Ergebnis bestätigen auch die beiden anderen Studien. Bei dieser ersten Analyse ist vor allem von Interesse, dass sich nur wenige LGBTI finden, welche Opfer eines Eigentumsdeliktes wurden, egal ob mit oder ohne Körperverletzung. Das liegt daran, dass derartige Delikte sehr schwierig auf einen eindeutig homo- oder transphoben Hintergrund zurückzuführen sind. Auch die Klassifikation mittels des ASG-Schemas zur Klassifizierung von homo- und transphober Gewalt hat hier die meisten Taten als nicht homo- oder transphob eingeordnet. Wir haben diese Fälle ausgeschlossen. Diese Ergebnisse bedeuten jedoch nicht, dass Eigentumsdelikte gegen LGBTI, die spezifisch deswegen begangen werden, weil die Opfer LGBTI sind, nicht vorkommen. Die Ergebnisse bedeuten nur, dass derartige Fälle für die Opfer schwer als Hate-Crimes einzuschätzen sind.

Daneben zeigt sich in diesen Daten vor allem die hohe Anzahl an Körperverletzungen bei LGBTI. Dieses Ergebnis vertieft sich, wenn wir die Zahlen für Körperverletzungen der Gesamtbevölkerung direkt mit den Zahlen für LGBTI vergleichen. Laut dem Sicherheitsbericht des BM: I wurden im Jahr 2014 in Österreich insgesamt 37.659 Fälle von Körperverletzung zur Anzeige gebracht. Im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung von Österreich im gleichen Jahr (8.543.392) entspricht dies einer Wahrscheinlichkeit von 0,44% für den/die Durchschnittsösterreicher/in, innerhalb eines Jahres Opfer einer Körperverletzung zu werden. Natürlich müssen wir dabei beachten, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Ausmaß das Risiko haben, Opfer einer Körperverletzung zu werden. Junge Personen sind wahrscheinlich einem höheren Risiko ausgesetzt als ältere. So heterogen die Bevölkerung von Österreich in dieser Hinsicht ist, so heterogen ist auch die Stichprobe, welche wir für unsere Analyse verwenden. Auch darin finden sich sehr unterschiedliche Bevölkerungsschichten, welche, wie wir später noch sehen werden, nicht alle in gleichem Ausmaß von

Gewaltverbrechen betroffen sind. Hier geht es uns jedoch vor allem darum, eine durchschnittliche Einschätzung zu geben, wie wahrscheinlich es für LGBTI ist, Opfer einer Körperverletzung zu werden. Wie wir aus unseren Daten sehen, haben rund 5% unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer angegeben, innerhalb des letzten Jahres Opfer einer Körperverletzung geworden zu sein. Das sind rund 10mal so viele wie im österreichischen Durchschnitt. Bei diesen Zahlen gilt es jedoch zu beachten, dass wir nicht ausschließen können, dass die Umfrage vor allem Personen angezogen hat, welche bereits Opfer einer Körperverletzung wurden, unsere Daten also nach oben verzerrt sind, da LGBTI, welche keine Opfer waren, die Umfrage überhaupt nicht ausgefüllt haben. Das ist ein valider Kritikpunkt, wir glauben jedoch, dass zwei Argumente dafür sprechen, dass die Umfragedaten nicht in großem Ausmaß in dieser Richtung verzerrt sind.

Erstens ist die absolute Mehrzahl aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer niemals Opfer einer Straftat geworden. Nur rund 19% haben angegeben, in den letzten 12 Monaten Opfer geworden zu sein. Wenn wir davon ausgehen, dass die Umfrage vor allem Personen angezogen hat, welche bereits Opfer wurden, müssten wir hier wesentlich höhere Zahlen sehen. Dazu ist die Mehrheit dieser 19% Opfer einer Beleidigung geworden. Wie aus der oberen Tabelle ersichtlich wird, sind „nur“ 5% unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer Opfer von Körperverletzungen geworden. Wenn wir behaupten, dass die Umfrage ausschließlich von Personen ausgefüllt wurde, welche bereits Opfer waren, müssen wir die Frage stellen, warum für 95% unserer Teilnehmenden dieses Profil nicht passt.

Zweitens sind diese 5% im Vergleich zu anderen Untersuchungen extrem gering. So kommt das EU-LGBT Survey zu der Erkenntnis, dass rund 45% aller LGBTI in Österreich innerhalb der letzten 12 Monate einer „physischen Attacke“ wurden. Auch die Studie der WAST kommt zu dem Schluss, dass rund 20% aller LGBTI in Wien angegeben haben, „körperlich attackiert“ worden zu sein. Dabei ist zu beachten, dass beide Studien keinen expliziten Fokus auf Gewaltverbrechen gesetzt haben, sondern auf den Alltag von LGBTI's und Diskriminierungen in allgemeiner Form. Wir können deswegen davon ausgehen, dass eher weniger Personen mit Gewalterfahrungen zu diesen beiden Untersuchungen tendiert haben als zu unserer eigenen. Dennoch sind die Zahlen für Gewalterfahrungen in beiden Erhebungen wesentlich höher als in unserer eigenen. Wir sind der Meinung, dass dies vor allem an der umfassenderen Definition von Gewalt in beiden Untersuchungen liegt. Was ist eine Attacke? Wenn wir eine schärfere Definition von Gewalt verwenden, ist zu erwarten, dass die Anzahl an Personen, welche eine derartige Tat erlebt haben, stark sinkt. Würden wir mehr Fälle an Körperverletzungen haben als die beiden vergleichbaren Studien, obwohl wir eine engere Definition verwenden, wäre das ein starker Hinweis auf eine Verzerrung der Daten. Genau das Gegenteil ist jedoch der Fall. Wir nehmen deswegen an, dass keine starke Verzerrung existiert.

Wir gehen aufgrund dieser zwei Argumente also davon aus, dass die Daten zur Häufigkeit von Körperverletzungen bei LGBTI nicht stark nach oben verzerrt sind. Demnach ist das Risiko für eine/n durchschnittliche/n LGBTI in Österreich, Opfer einer Körperverletzung zu werden, rund 10mal so hoch wie für die restliche Bevölkerung.

Land	Prozent	Jahr	Studie
Australien	3,2	2014	Richters J, Altman D, Badcock PB, Smith AM, de Visser RO, Grulich AE, Rissel C, Simpson JM (2014). "Sexual identity, sexual attraction and sexual experience: the Second Australian Study of Health and Relationships.
Dänemark	2,7	1992	Melbye M, Biggar RJ (March 1992). "Interactions between persons at risk for AIDS and the general population in Denmark". Am. J. Epidemiol
Frankreich	3,6	2011	Les électors sociologiques: Gays, bis et lesbiennes : Des minorités sexuelles ancrées à gauche. 2012
Irland	2,7	2006	Layte, Richard; et al. (2006). The Irish study of sexual health and relationships (PDF). Dublin: Crisis Pregnancy Agency
Italien	2,4	2011	La popolazione omosessuale nella società italiana - Testo integrale.
Norwegen	3,5	2003	Michael C. Seto; Cecilia Kjellgren; Gisela Priebe; Svein Mossige; Carl Göran Svedin; Niklas Långström (2010). "Sexual Coercion Experience and Sexually Coercive Behavior: A Population Study of Swedish and Norwegian Youth"
Schweden	4	2003	Michael C. Seto; Cecilia Kjellgren; Gisela Priebe; Svein Mossige; Carl Göran Svedin; Niklas Långström (2010). "Sexual Coercion Experience and Sexually Coercive Behavior: A Population Study of Swedish and Norwegian Youth"
Großbritannien	3,6	2011	http://www.ons.gov.uk/ons/dcp171778_280451.pdf
Vereinigte Staaten	3,6	2013	http://www.gallup.com/poll/158066/special-report-adults-identify-lgbt.aspx?utm_source=LGBT&utm_medium=search&utm_campaign=tiles
Durchschnitt	3,25		

Die nächste Frage, die demnach von Interesse ist, lautet: Wie viele derartige Fälle kommen in Österreich jedes Jahr vor? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir zuerst wissen, wie viele Personen in Österreich LGBTI sind. Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, da es dazu keine verlässlichen Zahlen gibt. In Österreich, im Unterschied zu vielen anderen Ländern in Europa, gibt es keine repräsentativen Erhebungen zur sexuellen Orientierung der Bevölkerung. Wir können jedoch die vorhandenen Ergebnisse aus Europa miteinander vergleichen und damit zu einer belastbaren Grundlage für Österreich kommen. Wir verwenden dazu alle verfügbaren, repräsentativen Umfrageergebnisse für den Anteil an LGBTI in „westlichen“ Ländern.

Durch diesen Vergleich zeigt sich, dass der Anteil an LGBTI in westlichen Ländern relativ stabil über Ländergrenzen und zeitliche Distanzen ist. Rund 3,5% der Bevölkerung in diesen Ländern sehen sich demnach als LGBTI. Dabei ist wichtig zu unterscheiden, dass der Anteil an Personen, welche homosexuelle Erfahrungen gemacht haben, wesentlich höher liegt. Für die Bestimmung der Anzahl an Straftaten ist jedoch vor allem die Anzahl an Personen ausschlaggebend, welche sich selbst als LGBTI sehen und demnach als LGBTI identifizierbar sind.

Umgelegt auf die österreichische Bevölkerung bedeutet dies, dass es in Österreich rund 277.660 LGBTI gibt¹. Umgelegt auf die Anzahl der verschiedenen Straftaten in Österreich gegen LGBTI kommen wir damit zu folgendem Ergebnis:

	abs.	proz.	proz. ges	Taten pro Jahr
Beleidigung	88	52,69%	15,91%	441.85
Bedrohung	34	20,36%	6,15%	17.071
Eigentumsdelikt ohne Körperverletzung	8	4,79%	1,45%	4.017
Eigentumsdelikt mit Körperverletzung	4	2,40%	0,72%	2.008
Körperverletzung	33	19,76%	5,97%	16.569
		167		

Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Fälle von Eigentumsdelikten aufgrund der geringen Fallzahlen nicht sinnvoll zu interpretieren sind. Verglichen mit den Daten aus dem Kriminalitätsbericht des BM:I sehen wir, dass obwohl laut unserer Schätzung nur 3,25% der österreichischen Bevölkerung LGBTI sind, sie einen Anteil von der Körperverletzungen erfahren der etwa 50% der angezeigten Fälle von Körperverletzung entspricht die in der Gesamtbevölkerung registriert werden.

1 $8.543.392 \times 0,0325$

Fazit: Welche Taten passieren?

Als erstes Fazit zu Hassverbrechen in Österreich lässt sich sagen, dass die meisten „Verbrechen“ in Form von Beleidigungen stattfinden. Bedrohungen und Körperverletzungen liegen gleich auf. Aus den vorliegenden Daten lässt sich leider nur schwer schlussfolgern, wie viele Eigentumsdelikte ein Hassverbrechen als Hintergrund haben. Das ergibt sich daraus, dass es für viele Opfer von Eigentumsdelikten schwer zu sagen ist, welche Motivation die Täter verfolgten.

Wer wird Opfer?

Für einen Überblick über die Daten haben wir die einzelnen Vorfälle anhand der soziodemografischen Merkmale unserer Befragten gruppiert. Wir verwenden dafür drei große Kategorien, das Geschlecht der Opfer, welches ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde, das Alter sowie den Wohnort. Andere Kategorien wie der Status des Outings, das Einkommen, die Tätigkeit in der Community usw. haben in unseren Daten durchwegs keinen signifikanten Einfluss darauf, ob eine Person Opfer eines Verbrechens wird.

Wer wird Opfer?

	abs.	proz.
	77	77
Männer	47	61,04%
Frauen	30	38,96%
	77	77
unter 35	65	84,42%
über 35	12	15,58%
	75	75
Stadt	49	65,33%
Land	26	34,67%

Bei der grundsätzlichen Frage danach, welche LGBTI Opfer werden, zeigt sich ein deutliches Muster. Demnach sind Männer und LGBTI, die in Städten leben, öfter von Gewalt betroffen als Frauen oder Personen auf dem Land. Dabei ist zu beachten, dass wir „Land“ in diesem Kontext als jeden Ort klassifiziert haben, der weniger als 100.000 Einwohner hat. Die Unterschiede in dieser Hinsicht sind jedoch eher klein. Bedeutend größer werden die Unterschiede, wenn wir das Alter der Opfer betrachten. Hier sehen wir, dass es für Personen unter 35 beinahe 7mal wahrscheinlicher ist, Opfer eines Hate-Crimes zu werden, als für Personen über 35. Im Gegensatz zu den Daten über den Wohnort und das Geschlecht ist dieses Ergebnis hochsignifikant. Wenn wir das „typische“ Opfer eines Hate-Crimes in Österreich also charakterisieren müssten, dann wäre es ein Mann unter 35, welcher in einem Ort mit mehr als 100.000 Einwohnern lebt. Das bedeutet allerdings nicht, dass ansonsten niemand Opfer eines Hate-Crimes wird, es ist nur „typische“ Charakteristika.

Wir können diese Ergebnisse auch noch genauer nach den Taten aufschlüsseln:

Beleidigung

	abs.	proz.
	“Ja”	66
Männer	37	56,06%
Frauen	29	43,94%
	“Ja”	66
unter 35	56	84,85%
über 35	10	15,15%
	“Ja”	64
Stadt	44	68,75%
Land	20	31,25%

Bei den Fällen von Beleidigungen zeigt sich zuerst, dass es keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt. Beide werden in gleichem Ausmaß Opfer von Beleidigungen. Dramatisch wird dieser Unterschied jedoch wieder beim Alter; jüngere Personen werden wesentlich öfter Opfer von Beleidigungen. Auch hier ist der Unterschied zwischen der Stadt und dem Land wieder vergleichbar, allerdings nicht sehr stark ausgeprägt. Wenn überhaupt, dann werden Personen in der Stadt etwas öfter Opfer von Beleidigungen als LGBTI auf dem Land.

Bedrohung

	abs.	proz.
	“Ja”	26
Männer	16	61,54%
Frauen	10	38,46%
	“Ja”	26
unter 35	22	84,62%
über 35	4	15,38%
	“Ja”	25
Stadt	16	64,00%
Land	9	36,00%

Bei den Fällen von Bedrohungen sehen wir eine deutliche Tendenz hin zu jüngeren Männern in der Stadt.

Körperverletzung

	abs.	proz.
	“Ja”	22
Männer	15	68,18%
Frauen	7	31,82%
	“Ja”	22
unter 35	20	90,91%
über 35	2	9,09%
	“Ja”	21
Stadt	11	52,38%
Land	10	47,62%

Bei Körperverletzungen sehen wir am deutlichsten, dass vor allem jüngere LGBTI von diesem Phänomen betroffen sind. Interessanterweise gibt es hier keine Unterschiede zwischen einer städtischen und einer ländlichen Umgebung. In beiden Umgebungen sind Körperverletzungen gleich wahrscheinlich. Bei der Unterscheidung zwischen Männern und Frauen sehen wir, dass Männer ein größeres Risiko haben, Opfer einer Körperverletzung zu werden, als Frauen. Allerdings ist der Anteil der Opfer unter Frauen mit ca. 32% ebenfalls nicht zu unterschätzen.

Fazit: Wer wird Opfer?

Das „typische“ Opfer eines Hate-Crimes gegen LGBTI in Österreich ist ein junger Mann, der in einem städtischen Umfeld lebt. Bei allen Hate-Crimes sehen wir eine Tendenz hin zu männlichen Opfern in einem städtischen Umfeld, allerdings sind diese Unterschiede nicht immer signifikant. Den stärksten Zusammenhang sehen wir bei dem Alter der Opfer: je jünger LGBTI in Österreich sind, desto wahrscheinlicher werden sie Opfer eines Hassverbrechens.

Auswirkungen auf die Opfer

Die Auswirkungen auf die Opfer haben wir durch einen doppelten Zugang zu erfassen versucht. Einerseits haben wir die Opfer gebeten, uns ihre subjektive Einschätzung der Auswirkungen zu geben. Andererseits haben wir alle Opfer einen Test auf post-traumatische-Belastungsstörungen (PTBS) ausfüllen lassen².

Beleidigung

Wie stark wurden Sie durch die Beleidigung psychisch belastet?

	abs.	proz.
überhaupt nicht	8	9,64%
leicht	39	46,99%
stark	18	21,69%
sehr stark	18	21,69%
	83	100,00%

Bei der psychischen Belastung nach einer Beleidigung zeigt sich, dass die meisten Opfer leicht davon belastet wurden. Die Anzahl an Opfern, welche stark bis sehr stark durch eine Beleidigung belastet wurden, entspricht dabei in etwa der Zahl der leichten Belastungen.

Haben Sie aufgrund dieses Vorfalles psychotherapeutische Hilfe in Anspruch genommen?

	abs.	proz.
Nein, war nicht nötig	52	67,53%
Nein, wusste nicht wo	2	2,60%
Nein, habe mich nicht getraut	9	11,69%
Ja	14	18,18%
	77	100,00%

2 Original: Breslau, N., Peterson, E. L., Kessler, R. C., & Schultz, L. R. (1999). Short screening scale for DSM-IV post-traumatic stress disorder. *American Journal of Psychiatry*, 156, 908-911.

Deutsche Version: Maercker, A. (2008). Kurze Screening-Skala für Posttraumatische Belastungsstörungen nach DSM-IV. Universität Zürich: Manuskript.
Reliabilität: 97% Übereinstimmung mit klinischen Tests auf PTBS

Die überwiegende Anzahl der Opfer hat nach einer Beleidigung keine psychotherapeutische Hilfe in Anspruch genommen, die meisten Personen waren der Überzeugung, dass das nicht nötig wäre. Dabei können wir jedoch beobachten, dass zwar rund 36 Personen angegeben haben, dass sie durch die Beleidigung stark bis sehr stark psychisch belastet wurden, allerdings nur 14 Personen Hilfe in Anspruch genommen haben.

Post-traumatische-Belastungsstörungen (PTBS)

	abs.	proz.
PTBS unwahrscheinlich	69	78,41%
PTBS wahrscheinlich	19	21,59%
	88	100,00%

Der Test auf eine Post-traumatische-Belastungsstörung bringt ein überraschendes Ergebnis: Demnach leiden rund 22% ein Jahr nach der erlebten Beleidigung unter einer Post-traumatischen-Belastungsstörung. Diese Zahlen sind sehr hoch und in etwa mit denen von erlebten Gewaltverbrechen in der Allgemeinbevölkerung vergleichbar.

Bedrohung

Wie stark wurden Sie durch die Bedrohung psychisch belastet?

	abs.	proz.
überhaupt nicht	4	13,79%
leicht	7	24,14%
stark	9	31,03%
sehr stark	9	31,03%
	29	100,00%

Auch bei den Bedrohungen sehen wir ein ähnliches Muster in Bezug auf die psychische Belastung. Rund zwei Drittel aller Opfer haben hier angegeben, dass sie sich durch die Bedrohung stark bis sehr stark psychisch belastet fühlten.

Haben Sie aufgrund dieses Vorfalles psychotherapeutische Hilfe in Anspruch genommen?

	abs.	proz.
Nein, war nicht nötig	15	55,56%
Nein, wusste nicht wo	1	3,70%
Nein, habe mich nicht getraut	5	18,52%
Ja	6	22,22%
	27	100,00%

Trotz der hohen Anzahl subjektiver Belastungen durch die Tat haben auch in diesem Fall die wenigsten Opfer psychotherapeutische Hilfe in Anspruch genommen. Auch hier ist der häufigste Grund die Annahme, dass es nicht notwendig ist.

Post-traumatische-Belastungsstörungen (PTBS)

	abs.	proz.
PTBS unwahrscheinlich	24	70,59%
PTBS wahrscheinlich	10	29,41%
	34	100,00%

Der Test auf eine Post-traumatische-Belastungsstörung ist für rund 30% aller Opfer einer Bedrohung positiv.

Körperverletzung

Wie stark wurden Sie durch diesen Vorfall am Körper verletzt?

	abs.	proz.
überhaupt nicht	5	18,52%
leicht	17	62,96%
schwer	5	18,52%
lebensbedrohlich	0	0,00%
	27	100,00%

Die meisten Opfer von Körperverletzungen wurden leicht verletzt. Zumindest unter unseren Befragten fanden sich keine Personen, welche lebensgefährliche Verletzungen erlitten haben.

Wie stark wurden Sie durch die Körperverletzung psychisch belastet?

	abs.	proz.
überhaupt nicht	4	14,81%
leicht	8	29,63%
stark	12	44,44%
sehr stark	3	11,11%
	27	100,00%

Nur die wenigsten Opfer haben angegeben, dass sie durch die Körperverletzung überhaupt nicht psychisch belastet wurden. Beinahe die Hälfte hat dagegen angegeben, dass sie stark oder sehr stark belastet wurden. Interessant ist deswegen hier vor allem das Ergebnis des PTBS-Tests.

Post-traumatische-Belastungsstörungen (PTBS)

	abs.	proz.
PTBS unwahrscheinlich	22	66,67%
PTBS wahrscheinlich	11	33,33%
	33	100,00%

Für die Fälle von Körperverletzungen haben wir die höchsten Werte von Post-traumatischen-Belastungsstörungen. Das ist wenig verwunderlich, da PTBS vor allem durch Schwere und Intensität des Erlebnisses häufiger werden. Gemäß der Leitlinie zu Post-traumatischen-Belastungsstörung ICD:10³, entwickeln rund 25% der Opfer nach einer Gewalttat eine PTBS. Die Werte für LGBTI liegen demnach mit rund 33% über dem Durchschnitt. Allerdings müssen wir auch diese Zahlen mit großer Vorsicht interpretieren, da wir nur wenige Personen in der Stichprobe haben.

Haben Sie aufgrund dieses Vorfalles psychotherapeutische Hilfe in Anspruch genommen?

	abs.	proz.
Nein, war nicht nötig	10	37,04%
Nein, wusste nicht wo	2	7,41%
Nein, habe mich nicht getraut	9	33,33%
Ja	3	11,11%
	27	100,00%

Bei der Frage nach der Hilfe sehen wir, dass die meisten Opfer der Auffassung sind, dass es nicht nötig war, psychotherapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen; obwohl beinahe alle Opfer angegeben haben, durch den Vorfall psychisch belastet worden zu sein. Im Unterschied zu den anderen Delikten sehen wir hier zusätzlich, dass sich ein großer Teil der Opfer nicht getraut hat, Hilfe zu suchen, obwohl sie es wollten.

Fazit: Auswirkungen auf die Opfer

Die Auswirkungen auf die Opfer sind in allen Fällen dramatisch. Die meisten Opfer geben nach den Taten an, dass sie sich psychisch belastet gefühlt haben. Die psychologischen Tests auf eine Post-traumatische-Belastungsstörung zeigen in allen Deliktarten positive Ergebnisse jenseits der 20%. Besonders dramatisch ist dabei, dass auch die Opfer von Beleidigungen mit rund 20% positiv auf eine PTBS getestet wurden. Für die LGBTI-Opfer von Körperverletzungen ergibt sich ein um ca. 50% höheres Risiko eine PTBS zu entwickeln als für die durchschnittliche Bevölkerung. Fast keines der Opfer sucht nach einem Vorfall professionelle Hilfe; die meisten spielen die Taten herunter oder trauen sich nicht, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

3 Flatten G, Gast U, Hofmann A, Knaevelsrud Ch, Lampe A, Liebermann P, Maercker A, Reddemann L, Wöller W (2011): S3 - Leitlinie Posttraumatische Belastungsstörung. Trauma & Gewalt 3: 202-210

Welche Taten werden zur Anzeige gebracht?

Für die Frage nach der Häufigkeit einer Anzeige zeigt sich ein stabiles Muster: die meisten Taten werden nicht angezeigt. Wir schlüsseln die einzelnen Taten hier trotzdem auf, um sie einer genaueren Analyse zu unterziehen.

Beleidigung

Haben Sie diesen Vorfall angezeigt?

	abs.	proz.
Ja	3	3,61%
Nein	80	96,39%
	83	

Für Fälle von Beleidigungen sehen wir, dass diese so gut wie nie zur Anzeige gebracht werden.

Begründung

	abs.	proz.
Weil es nicht so schlimm war	28	16,47%
Wäre mir zu viel Umstand gewesen	32	18,82%
Die Polizei würde mein Anliegen nicht Ernst nehmen	48	28,24%
Täter wurde sowieso nicht gefunden werden	19	11,18%
Ich möchte mich nicht vor der Polizei outen	11	6,47%
Angst vor der Rache des Täters	15	8,82%
Scham wegen meiner Hilflosigkeit	11	6,47%
Peinlich, da es während einer sexuellen Handlung passiert ist	1	0,59%
Weil ich mich dadurch selbst belasten könnte	5	2,94%
Weil jemand anderes die Polizei verständigte	0	0,00%
	170	100,00%

Der häufigste Grund für eine Nicht-Anzeige liegt in dem Glauben, dass die Polizei das Anliegen nicht ernst nehmen würde. Auch die Tatsache, dass eine Anzeige ein zu großer Umstand gewesen wäre, spielt für die Opfer eine Rolle.

Bedrohung

Haben Sie diesen Vorfall angezeigt?

	abs.	proz.
Ja	4	14,81%
Nein	23	85,19%
	27	

Für die Fälle von Bedrohungen sehen wir eine etwas höhere Anzahl an Anzeigen, allerdings wird auch hier die absolute Mehrzahl aller Taten nicht zur Anzeige gebracht.

Begründung

	abs.	proz.
Weil es nicht so schlimm war	1	2,27%
Wäre mir zu viel Umstand gewesen	9	20,45%
Die Polizei würde mein Anliegen nicht Ernst nehmen	14	31,82%
Täter wurde sowieso nicht gefunden werden	6	13,64%
Ich möchte mich nicht vor der Polizei outen	2	4,55%
Angst vor der Rache des Täters	4	9,09%
Scham wegen meiner Hilflosigkeit	5	11,36%
Peinlich, da es während einer sexuellen Handlung passiert ist	0	0,00%
Weil ich mich dadurch selbst belasten könnte	3	6,82%
Weil jemand anderes die Polizei verständigte	0	0,00%
	170	100,00%

Ähnlich wie bei den Beleidigungen sehen wir auch hier, dass viele der Opfer Angst haben, dass die Polizei ihr Anliegen nicht ernst nehmen würde.

Körperverletzung

Haben Sie diesen Vorfall angezeigt?

	abs.	proz.
Ja	8	29,63%
Nein	19	70,37%
	27	

Für die Fälle von Körperverletzung sehen wir die höchsten Zahlen bei der Anzeigebereitschaft. Trotz dieser Zahlen müssen wir jedoch auch hier festhalten, dass die überwiegende Mehrheit der Körperverletzungen nicht zur Anzeige gebracht wird.

Begründung

	abs.	proz.
Weil es nicht so schlimm war	4	11,11%
Wäre mir zu viel Umstand gewesen	3	8,33%
Die Polizei würde mein Anliegen nicht Ernst nehmen	6	16,67%
Täter wurde sowieso nicht gefunden werden	8	22,22%
Ich möchte mich nicht vor der Polizei outen	5	13,89%
Angst vor der Rache des Täters	5	13,89%
Scham wegen meiner Hilflosigkeit	2	5,56%
Peinlich, da es während einer sexuellen Handlung passiert ist	0	0,00%
Weil ich mich dadurch selbst belasten könnte	3	8,33%
Weil jemand anderes die Polizei verständigte	0	0,00%
	36	100,00%

Im Gegensatz zu anderen Deliktarten sehen wir bei Körperverletzungen ein etwas differenzierteres Bild, wenn es darum geht, warum eine Tat nicht angezeigt wird. Rund ein Viertel der Opfer sind der Meinung, dass die Täter sowieso nicht gefunden werden und eine Anzeige aus diesem Grund sinnlos ist. Dieses Ergebnis passt auch zur Klassifikation der Täter, wonach die meisten Täter bei Körperverletzungen Unbekannte sind. Obwohl Körperverletzungen zu den schwerwiegendsten Taten zählen, sind auch hier rund 17% der Opfer, die zweitgrößte Gruppe, der Meinung, dass die Polizei sie nicht ernst nehmen würde.

Fazit: Anzeige von Delikten

Bei der Anzeige der Delikte zeigen sich zwei sehr deutliche Tendenzen: Die überwiegende Anzahl aller Hate-Crimes gegen LGBTI werden von diesen nicht zur Anzeige gebracht. Zwar steigt die Häufigkeit mit der Schwere der Tat etwas, dennoch gibt es keine Deliktgruppe, in der mehr als ein Drittel der Opfer eine Tat anzeigt.

Die Gründe dafür liegen vor allem in dem mangelnden Vertrauen in die Polizei. Bei allen Deliktarten spielt der Glaube daran, dass die Polizei einen nicht ernst nehmen würde, eine ausschlaggebende Rolle.

Wo ereignen sich die Taten?

Um ein genaueres Bild über Hate-Crimes gegen LGBTI in Österreich zu bekommen, haben wir unsere Befragten gebeten uns zu schildern, an welchen Ort sich die Tat ereignet hat. Die Antworten lassen sich auf die folgenden Arten einteilen.

Beleidigung

Ortsangaben

	abs.	proz.
Öffentliche Straße	31	39,74%
Kaufhaus / Geschäft	1	1,28%
Öffentliche Verkehrsmittel	12	15,38%
Park / Waldgebiet	1	1,28%
In eigener Wohnung	5	6,41%
In fremder Wohnung	2	2,56%
Vor der Wohnungs- / Haustür	1	1,28%
Unmittelbare Nachbarschaft	3	3,85%
In einem Lokal / Café	5	6,41%
Party / geschlossene Veranstaltung	1	1,28%
Öffentliche Veranstaltung	5	6,41%
Schule / Ausbildungs- / Arbeitsplatz	10	12,82%
Öffentliche Einrichtung / Behörde	1	1,28%
	78	100,00%

Bei den Fällen von Beleidigungen zeigen sich drei in größerer Anzahl genannte Orte: öffentliche Straßen, öffentliche Verkehrsmittel sowie die Schule bzw. der Ausbildungs-/Arbeitsplatz. Beleidigungen auf öffentlicher Straße finden dabei bei weitem am häufigsten statt; rund 40% der Fälle ereignen sich hier. Beleidigungen in den beiden anderen Kategorien schlagen mit rund 13% bis 15% zu Buche. Die anderen Orte sind aufgrund der geringen Zahlen eher zu vernachlässigen. Die durchschnittliche Beleidigung findet demnach auf der offenen Straße statt.

Bedrohung

Ortsangaben

	abs.	proz.
Öffentliche Straße	9	34,62%
Öffentliche Verkehrsmittel	5	19,23%
Park / Waldgebiet	2	7,69%
In eigener Wohnung	1	3,85%
In fremder Wohnung	1	3,85%
Unmittelbare Nachbarschaft	2	7,69%
In einem Lokal / Café	2	7,69%
Party / geschlossene Veranstaltung	1	3,85%
Öffentliche Veranstaltung	1	3,85%
Schule / Ausbildungs- / Arbeitsplatz	2	7,69%
	26	100,00%

Auch bei den Fällen von Bedrohungen sehen wir, dass sich die meisten Taten auf der öffentlichen Straße ereignen. Eher abgeschlagen spielen dennoch auch öffentliche Verkehrsmittel eine Rolle, wenn es um Bedrohungen geht. Die anderen Kategorien kommen entweder überhaupt nicht vor - sie tauchen dann auch nicht in der Tabelle auf - oder maximal ein- bis zweimal. Diese Kategorien sind also ebenfalls zu vernachlässigen.

Körperverletzung

Ortsangaben

	abs.	proz.
Öffentliche Straße	9	36,00%
Öffentliche Verkehrsmittel	2	8,00%
Park / Waldgebiet	2	8,00%
In eigener Wohnung	2	8,00%
Unmittelbare Nachbarschaft	4	16,00%
Party / geschlossene Veranstaltung	1	4,00%
Öffentliche Veranstaltung	3	12,00%
Schule / Ausbildungs- / Arbeitsplatz	2	8,00%
	25	100,00%

Die Fälle von Körperverletzungen sind etwas schwieriger zu interpretieren, da wir nur über geringe Fallzahlen verfügen. Am ehesten scheinen sich diese Delikte, ähnlich wie die beiden anderen, auf der öffentlichen Straße zu ereignen. Aber auch die unmittelbare Nachbarschaft und öffentliche Veranstaltungen spielen eine Rolle.

Fazit: Orte von Hate-Crimes

Das Fazit aus der Analyse der Orte von Hate-Crimes ist relativ klar: sie ereignen sich demnach vor allem auf der öffentlichen Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Hate-Crimes scheinen ein Phänomen zu sein, welches sich in der öffentlichen Sphäre abspielt.

Wer waren die Täter?

Auch für die Einordnung der Täter können wir wieder eine Aufschlüsselung nach den unterschiedlichen Taten vornehmen.

Das Profil der Täter ist dabei für alle erhobenen Taten relativ gleich.

Beleidigungen

Wie viele Täter waren es?

	abs.	proz.
1	23	27,71%
2	34	40,96%
3	9	10,84%
mehr als 3	17	20,48%
	83	100,00%

Geschlecht der Täter

	abs.	proz.
Männlich	51	62,20%
Weiblich	8	9,76%
Beide	22	26,83%
Unbekannt	1	1,22%
	82	100,00%

Alter der Täter

	abs.	proz.
14-17	7	8,97%
18-24	24	30,77%
25-35	21	26,92%
36-50	17	21,79%
über 50	9	11,54%
	78	100,00%

Bekanntheit der Täter

	abs.	proz.
Bekannt	23	29,49%
Unbekannt	55	70,51%
	78	100,00%

Für die Fälle von Beleidigungen zeigt sich, dass die Anzahl der Täter relativ gleich verteilt ist. Hier scheint es keinen besonderen Trend in eine spezifische Richtung zu geben.

Bei dem Geschlecht dagegen zeigt sich eine deutliche Tendenz in Richtung männlicher Täter. Es kommt nur äußerst selten vor, dass eine Frau alleine eine Beleidigung ausspricht. Anders sieht die Situation freilich aus, wenn diese Frau in einer Gruppe mit anderen Männern auftritt. Hier wird es wesentlich wahrscheinlicher, dass sie sich an der Beleidigung beteiligt. Es zeigt sich daher deutlich, dass in beiden Fällen männliche Täter für eine Beleidigung ausschlaggebend sind.

Bei dem Alter der Täter zeigt sich ein starkes Muster für die Altersgruppe von 18-35; das trifft auch auf alle anderen Taten zu. Im Unterschied zu den anderen Taten werden bei Beleidigungen jedoch auch wesentlich ältere Personen aktiv. Die Gruppe der 36-50jährigen Täter ist bei Beleidigungen wesentlich öfter vertreten als bei den anderen beiden Deliktarten. Diskriminierende Äußerungen gegen LGBTI scheinen in Österreich demnach ein weit verbreitetes Phänomen zu sein.

Bei der Bekanntheit der Täter sehen wir wieder ein Muster, welches völlig ident zu dem der anderen Deliktarten ist; der Großteil der Täter ist den Opfern nicht bekannt.

Bedrohungen**Wie viele Täter waren es?**

	abs.	proz.
1	11	37,93%
2	9	31,03%
3	8	27,59%
mehr als 3	1	3,45%
	29	100,00%

Geschlecht der Täter

	abs.	proz.
Männlich	25	86,21%
Weiblich	2	6,90%
Beide	2	6,90%
Unbekannt	0	0,00%
	29	100,00%

Alter der Täter

	abs.	proz.
14-17	3	11,54%
18-24	9	34,62%
25-35	11	42,31%
36-50	2	7,69%
über 5	1	3,85%
	26	100,00%

Bekanntheit der Täter

	abs.	proz.
Bekannt	8	28,57%
Unbekannt	20	71,43%
	28	100,00%

Bei der Anzahl der Täter, welche eine Bedrohung verüben, zeigt sich, dass eine Bedrohung, im Gegensatz zu einer Beleidigung, kein Gruppenphänomen ist. Es gibt nur sehr wenige Fälle, in denen mehr als drei Täter sich an einem derartigen Delikt beteiligen. Auch ist der prozentuelle Anteil von Einzeltätern bei dieser Deliktart am stärksten ausgeprägt. Bedrohungen scheinen demnach vor allem eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Opfer und dem Täter zu sein.

Auch beim Geschlecht zeigt sich ein starkes Muster in Richtung männlicher Täter. Es kommt nur äußerst selten vor, dass sich Frauen bei derartigen Delikten beteiligen. Bedrohungen scheinen ein beinahe ausschließlich männliches Phänomen zu sein, wenn es um die Täter geht.

Bei der Verteilung des Alters zeigt sich, dass die meisten Täter bei Bedrohungen zwischen 18-35 Jahre alt sind. Beinahe 80% aller Täter lassen sich in diese Altersspanne einordnen.

Körperverletzung

Wie viele Täter waren es?

	abs.	proz.
1	5	19,23%
2	11	42,31%
3	6	23,08%
mehr als 3	4	15,38%
	26	100,00%

Geschlecht der Täter

	abs.	proz.
Männlich	18	69,23%
Weiblich	2	7,69%
Beide	4	15,38%
Unbekannt	2	7,69%
	26	100,00%

Alter der Täter

	abs.	proz.
14-17	2	8,00%
18-24	10	40,00%
25-35	10	40,00%
36-50	3	12,00%
über 5	0	0,00%
	25	100,00%

Bekanntheit der Täter

	abs.	proz.
Bekannt	6	22,22%
Unbekannt	21	77,78%
	27	100,00%

Fälle von Körperverletzungen werden nur selten von einem einzelnen Täter begangen. Im Vergleich zu den anderen Deliktarten findet sich hier die geringste relative Häufigkeit bei einem einzigen Täter. Viel eher scheinen Körperverletzungen an LGBTI ein Gruppenphänomen zu sein.

Auch bei dem Geschlecht der Täter zeigt sich, dass diese Taten vor allem von Männern verübt werden. Zwar finden sich auch einige wenige Frauen unter den Tätern, allerdings vor allem dann, wenn auch Männer zu der Gruppe gehören. Ähnlich wie bei Beleidigungen scheinen auch hier die männlichen Mitglieder einer Gruppe die Triebfedern für die Körperverletzung zu sein.

Bei dem Alter der Täter zeigt sich wiederum ein bekanntes Muster, die meisten Täter sind zwischen 18-35 Jahre alt. Allerdings finden wir bei den Körperverletzungen die stärkste Konzentration bei Tätern zwischen 18-24. Im Vergleich zu anderen Deliktarten ist die Körperverletzung also in erhöhter Weise eine Deliktart, welche von jungen Personen begangen wird.

Bei der Bekanntheit der Täter sehen wir wieder das bekannte Muster, rund zwei Drittel aller Täter sind den Opfern nicht bekannt.

Fazit: Wer waren die Täter?

Wenn wir nach diesen Betrachtungen also ein Fazit über den typischen Täter eines LGBTI-Hate-Crimes in Österreich ziehen wollen, dann lässt sich sagen, dass er primär männlich, zwischen 18-35 Jahre, eher aber jünger ist und den Opfern in der überwiegenden Mehrheit der Fälle nicht bekannt ist.

Wann ereignen sich die Taten?

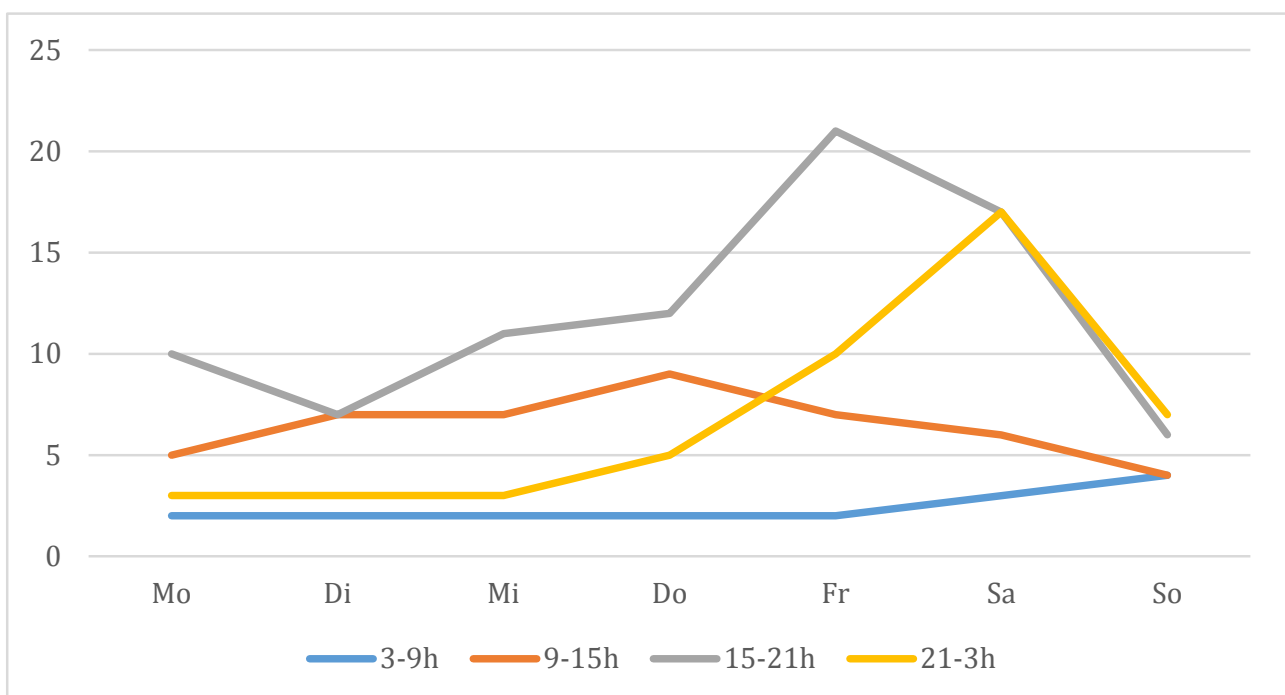
Neben den Angaben zur Tat selbst haben wir unsere Befragten auch gebeten, uns den Zeitpunkt zu nennen, an dem sie Opfer eines Hassverbrechens wurden. Wir stellen die Ergebnisse zu dieser Frage wieder aufgeschlüsselt nach den einzelnen Deliktarten dar.

Beleidigungen

Zeitangaben

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
3-9h	2	2	2	2	2	3	4
9-15h	5	7	7	9	7	6	4
15-21h	10	7	11	12	21	17	6
21-3h	3	3	3	5	10	17	7

Stärkster Tag	43	Samstag
Schwächster Tag	19	Dienstag
Stärkste Zeitspanne	84	15-21h
Schwächste Zeitspanne	17	3-9h



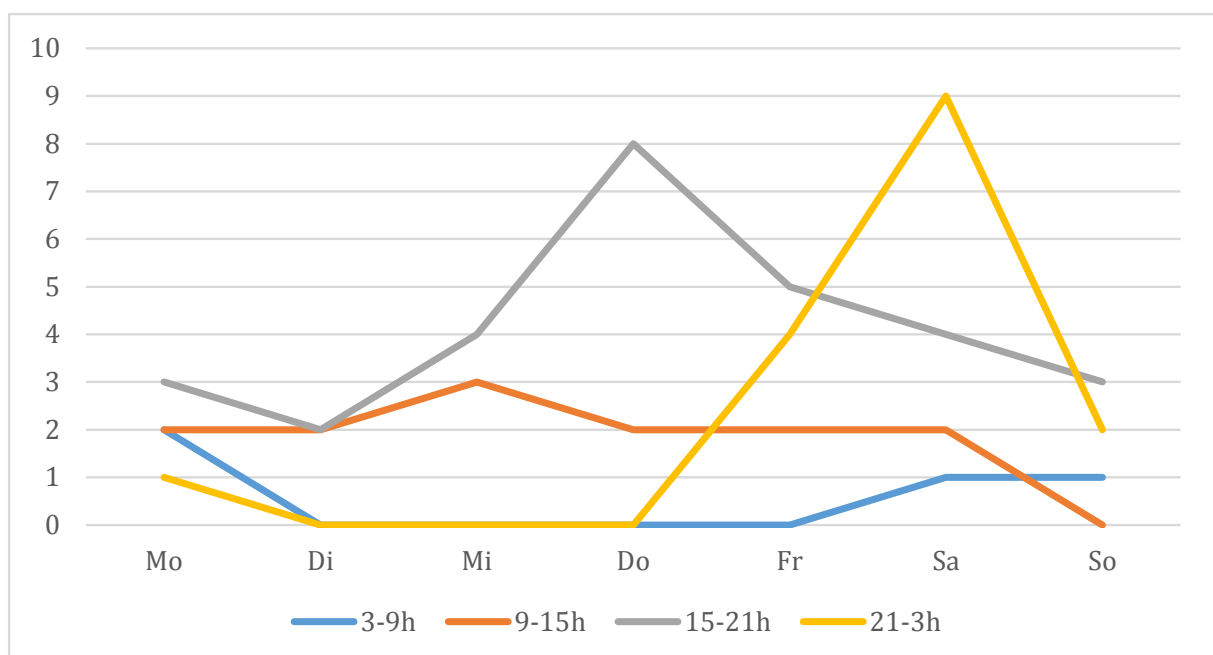
Aus den Zeitpunkten an denen LGBTI Opfer von Beleidigungen werden, zeigt sich eine starke Tendenz hin zum Nachmittag und frühen Abend. Über alle Wochentage verteilt, finden die meisten Beleidigungen zwischen 15 und 21 Uhr statt. Nur am Wochenende schwächt sich dieser Trend etwas ab. Dann verlagern sich viele Fälle von Beleidigungen in die Zeit zwischen 21 und 3 Uhr.

Bedrohungen

Zeitangaben

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
3-9h	2	0	0	0	0	1	1
9-15h	2	2	3	2	2	2	0
15-21h	3	2	4	8	5	4	3
21-3h	1	0	0	0	4	9	2

Stärkster Tag	16	Samstag
Schwächster Tag	4	Dienstag
Stärkste Zeitspanne	29	15-21h
Schwächste Zeitspanne	4	3-9h



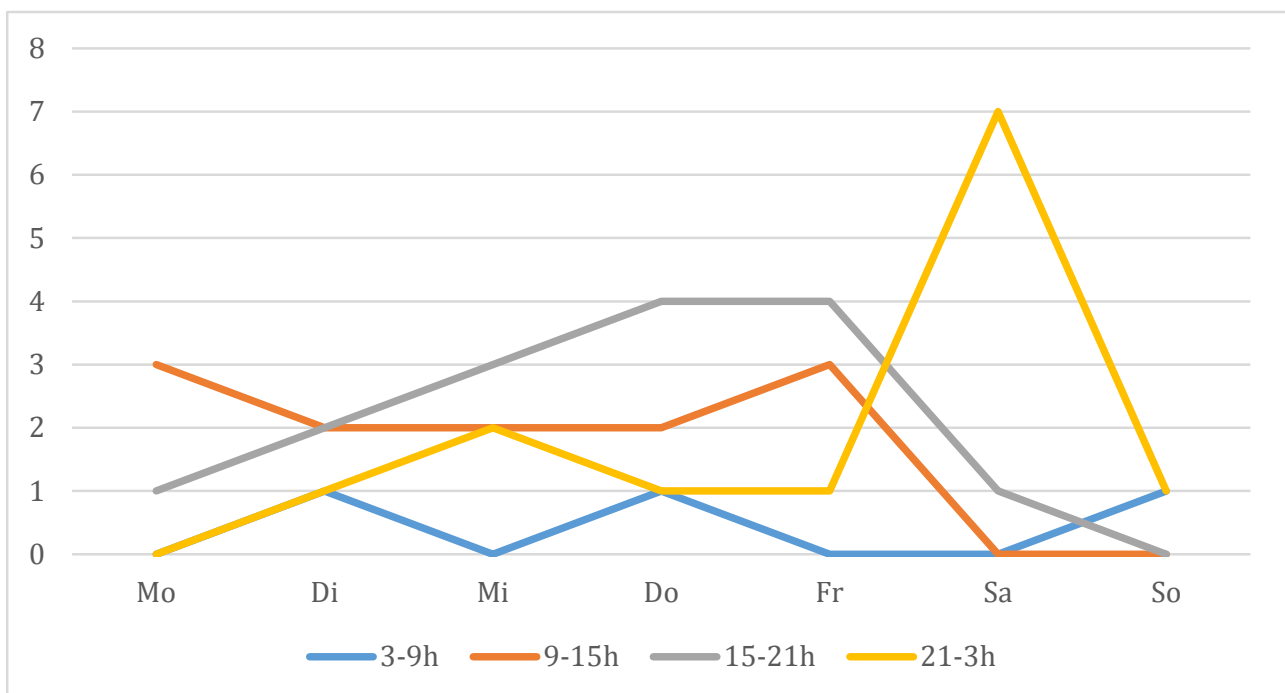
Auch für die Bedrohungen sehen wir unter der Woche eine Tendenz für die Zeit zwischen 15 und 21 Uhr. Aber auch hier wiederholt sich das Muster, welches wir bereits bei den Beleidigungen beobachten konnten. Früher als bei den Beleidigungen beginnen die Bedrohungen allerdings bereits am Freitag sich in die Nachtstunden, zwischen 21 und 3 Uhr, zu verschieben. Am Samstag erreichen sie sogar einen Höhepunkt, welcher unter der Woche auch zwischen 15 und 21 Uhr nicht übertroffen wird.

Körperverletzungen

Zeitangaben

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
3-9h	0	1	0	1	0	0	1
9-15h	3	2	2	2	3	0	0
15-21h	1	2	3	4	4	1	0
21-3h	0	1	2	1	1	7	1

Stärkste Tage	8	Do-Sa
Schwächster Tag	2	Montag
Stärkste Zeitspanne	15	15-21h
Schwächste Zeitspanne	3	3-9h



Auch bei den Körperverletzungen sehen wir wieder das gleiche Muster hin zu den Nachtstunden am Wochenende. Allerdings ist die Differenz zwischen den Tagen unter der Woche und den Tagen am Wochenende hier noch stärker ausgeprägt.

Fazit: Wann finden die Taten statt?

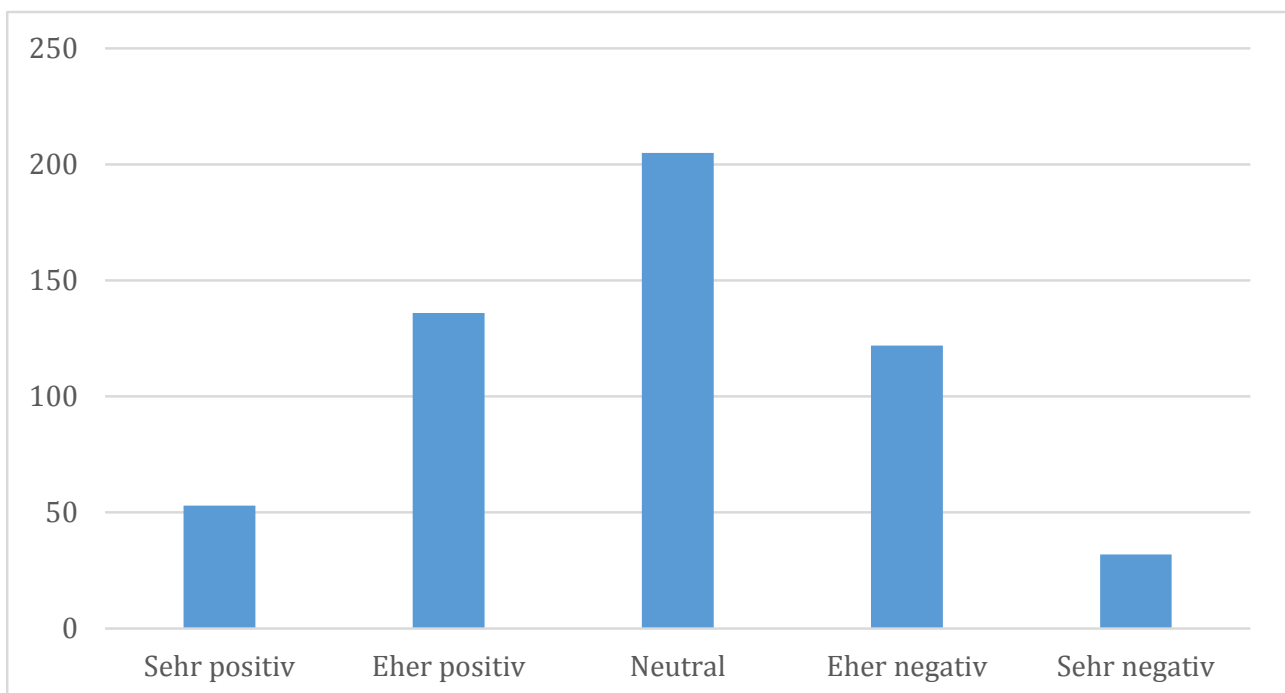
Aus den obigen Ergebnissen können wir ein recht deutliches Fazit hinsichtlich der Zeitpunkte für die einzelnen Taten ziehen. Demnach finden die meisten Taten unter der Woche, in der Zeit zwischen 15 und 21 Uhr statt. An den Wochenenden können wir allerdings bei allen Deliktarten eine spezifische Verschiebung hin zu späteren Zeitpunkten zwischen 21 und 3 Uhr beobachten. Nicht nur verschiebt sich am Wochenende der Tatzeitpunkt nach hinten, die Taten erhöhen sich auch in ihrer Anzahl. Demnach können wir feststellen, dass das typische Hate-Crime in Österreich am Wochenende, in der Zeit zwischen 21 und 3 Uhr, begangen wird.

Einstellung zur Polizei

Die Ergebnisse zu der Anzeigebereitschaft der Opfer haben gezeigt, dass viele Opfer keine Anzeige erstatten, da sie kein Vertrauen in die Polizei haben. Die meisten Opfer sind der Meinung, dass die Polizei ihr Anliegen schlicht nicht ernst nehmen würde. Aber woran liegt diese Einstellung? Resultiert sie in einer generell schlechten Meinung in der LGBTI-Community der Polizei gegenüber? Wir haben unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer deswegen gebeten, uns ihre Meinung über die Polizei mitzuteilen.

Einstellung zur Polizei, Alle Befragten

	abs.	proz.
Sehr positiv	53	9,67%
Eher positiv	136	24,82%
Neutral	205	37,41%
Eher negativ	122	22,26%
Sehr negativ	32	5,84%
	548	100,00%

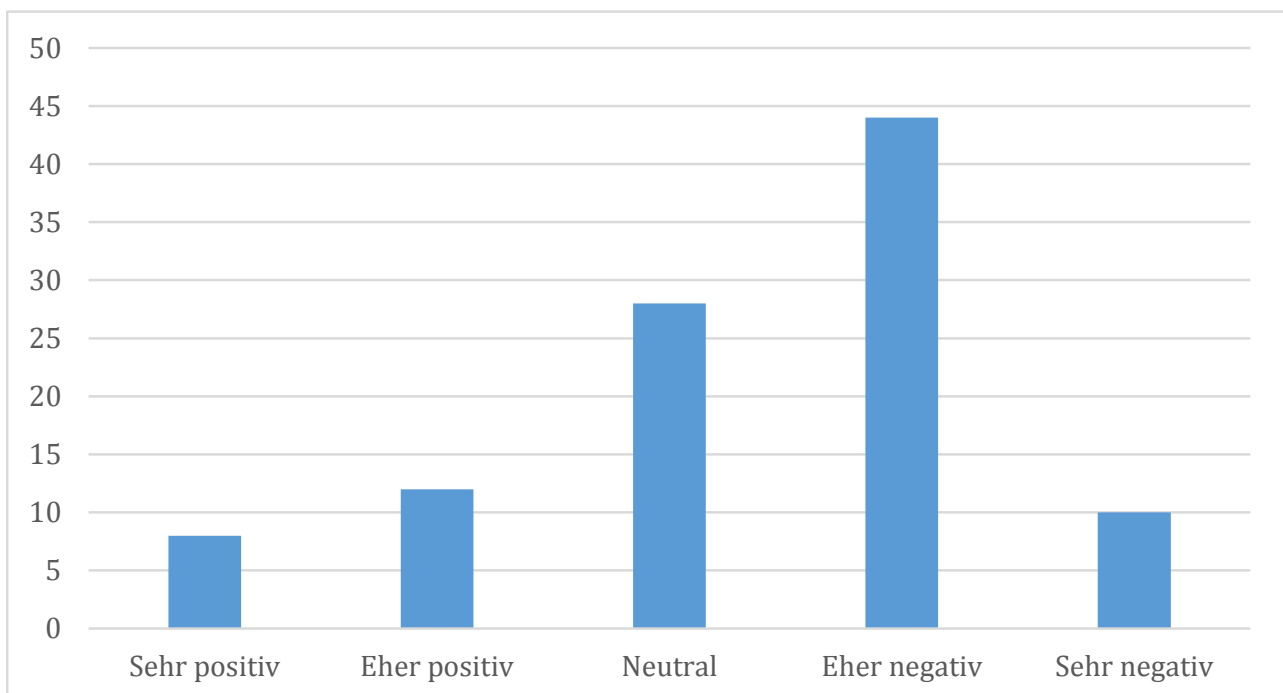


Wenn wir einen ersten Blick auf die Meinung der LGBTI in Österreich werfen, dann sehen wir, dass es ein sehr ausgeglichenes Meinungsbild gegenüber der Polizei gibt. Das Antwortverhalten der Befragten zu ihrer Einstellung der Polizei gegenüber folgt in groben Zügen einer Normalverteilung: wenige LGBTI haben eine ganz positive Meinung, wenige haben eine ganz negative, die meisten Meinungen sind eher neutral. Die LGBTI-Community scheint also keine grundsätzliche Ablehnung gegenüber der Polizei zu verspüren.

Etwas anders stellt sich die Situation dar, wenn wir nur die Meinung jener Befragten zur Polizei betrachten, die innerhalb der letzten 12 Monate Opfer eines Hate-Crimes wurden.

Einstellung zur Polizei, Opfer von Delikten

	abs.	proz.
Sehr positiv	8	7,84%
Eher positiv	12	11,76%
Neutral	28	27,45%
Eher negativ	44	43,14%
Sehr negativ	10	9,80%
	102	100,00%



Hier sehen wir, dass es eine deutliche Tendenz in Richtung negativer Meinungen gibt. Wenn wir die prozentuellen Anteile der „Eher negativ“ und „Sehr negativ“ Meinungen zusammenzählen, dann sehen wir, dass mehr als 50% der Opfer eine negative Meinung gegenüber der Polizei haben. Wir gehen davon aus, dass diese negative Meinung in erster Linie durch schlechte Erfahrungen mit der Polizei zustande kommt, nachdem die Tat begangen wurde. Zwar werden Delikte von den Opfern nur sehr selten angezeigt, einzelne Anzeigen kommen dennoch vor. Vergleicht man die beiden Ergebnisse miteinander, so erscheint es, als hätten LGBTI in der Regel eine sehr ausgeglichene Einstellung zur Polizei. Unter jenen, die Erfahrungen mit Verbrechen gemacht haben, verschiebt sich diese Meinung jedoch in das negative Antwortspektrum. Eine mögliche Interpretation für diese Bewegung könnte in den Erfahrungen liegen, die LGBTI nach dem Verbrechen mit der Polizei machen. Den umgekehrten Fall, dass vor allem LGBTI, welche eine schlechte Meinung gegenüber der Polizei haben, öfter Opfer von Verbrechen werden, schließen wir als unplausibel aus.

Fazit: Einstellung zur Polizei

Unsere Ergebnisse zur Einstellung zur Polizei legen einen deutlichen Schluss nahe: Durch die Erfahrungen, welche LGBTI mit der Polizei machen, wenn sie Opfer eines Hate-Crimes werden, verschlechtert sich ihre Meinung der Polizei gegenüber dramatisch. Waren vor diesen Erfahrungen die Meinungen der LGBTI gegenüber der Polizei eher ausgeglichen, bekommen sie danach eine deutliche negative Tendenz. Wir können nur basierend auf diesen Ergebnissen allerdings nicht sagen, durch welche konkreten Erfahrungen dieses negative Meinungsbild zu Stande kommt. Es könnte sein, dass die wenigen LGBTI, welche eine Tat zur Anzeige bringen, derartig schlechte Erfahrungen machen, dass sie die allgemeine Meinung stark ins Negative rücken. Es ist allerdings auch möglich, dass LGBTI, welche die erlebten Taten nicht anzeigen, ebenfalls ein schlechtes Bild gegenüber der Polizei entwickeln, weil sie das Gefühl haben, dass ihr Erlebnis sowieso nicht ernst genommen werden würde. So oder so scheint klar, dass die LGBTI-Community kein grundlegendes Problem mit der Polizei an sich hat. Erst durch Erlebnisse oder Befürchtungen, welche die Erfahrung eines Hassverbrechens in Österreich begleiten, entwickelt sich eine negative Meinung der Polizei gegenüber.

Maßnahmen zur Erhöhung der Anzeigebereitschaft

Wie wir weiter oben gesehen haben, ist das Nicht-Anzeigen von Hate-Crimes das größte Problem im Umgang mit diesen Verbrechen. Um die Frage zu beantworten, welche Schritte unternommen werden können, um die Anzeigebereitschaft der Opfer zu erhöhen, haben wir deswegen die Opfer direkt nach ihrer Meinung gefragt. Allen Personen, welche angegeben haben, innerhalb der letzten 12 Monate Opfer eines Hate-Crimes geworden zu sein, haben wir eine Reihe von Maßnahmen vorgestellt. Die Opfer wurden anschließend gebeten, diese Maßnahmen zu bewerten und anzugeben, ob sie diese Maßnahme dazu gebracht hätte, die von ihnen erlebte Tat anzuzeigen.

Wir haben den Opfern von Hassverbrechen insgesamt vier Maßnahmen vorgestellt:

- A. Auf Polizeistationen gibt es Ansprechpartner, die selbst LGBTI's sind und für den Umgang mit derartigen Straftaten besonders geschult sind (AnsprechpartnerIn für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, kurz AGL). Sie würden mit diesen Personen sprechen, wenn Sie eine Tat zur Anzeige bringen.
- B. Alle Polizistinnen und Polizisten nehmen an einer eigenen Ausbildung teil, damit sie besser mit Verbrechen umgehen können, die mit LGBTI-Themen in Verbindung stehen.
- C. Beleidigungen und Mobbing werden zu einer Straftat erklärt. Damit werden die Strafen für die Täter und Täterinnen höher, wenn es zu einer Anzeige kommt.
- D. Es existieren besondere Ansprechstellen für LGBTI-Verbrechen, bei denen Sie sich informieren können, wie die Anzeige abläuft und welche Dinge Sie beachten müssen.

Bewertung der Maßnahmen:

	A.		B.		C.		D.	
Sehr gute Maßnahme	290	63,32%	293	64,68%	231	51,11%	257	56,98%
Gute Maßnahme	102	22,27%	108	23,84%	123	27,21%	125	27,72%
Neutrale Maßnahme	48	10,48%	44	9,71%	66	14,60%	58	12,86%
Schlechte Maßnahme	14	3,06%	5	1,10%	26	5,75%	6	1,33%
Sehr schlechte Maßnahme	4	0,87%	3	0,66%	6	1,33%	5	1,11%
	458	100,00%	453	100,00%	452	100,00%	451	100,00%

Stellen wir zuerst die Maßnahmen nebeneinander und vergleichen die einzelnen Bewertungen der Maßnahmen. Hier wird relativ schnell deutlich, dass die meisten Opfer so gut wie alle Maßnahmen als sehr positiv bewerten. Am kritischsten sind die Opfer von Hassverbrechen noch bei Maßnahme C, Beleidigung und Mobbing zu einer Straftat zu erklären. Diese Maßnahme hat die wenigsten Unterstützerinnen und Unterstützer. Trotzdem sind immer noch mehr als 50% aller Opfer der Meinung, dass dies eine „sehr gute Maßnahme“ ist. Im allgemeinen, scheint es aber keinen deutlichen Sieger unter den Maßnahmen zu geben.

Hätte Sie diese Maßnahme damals dazu gebracht Anzeige zu erstatten?

	A.		B.		C.		D.	
Ich hätte sicher Anzeige erstattet	29	17,47%	24	14,55%	37	22,29%	29	17,79%
Ich hätte wahrscheinlich Anzeige erstattet	35	21,08%	32	19,39%	37	22,29%	46	28,22%
Ich weiß nicht, ob ich Anzeige erstattet hätte	41	24,70%	39	23,64%	38	22,89%	35	21,47%
Ich hätte eher nicht Anzeige erstattet	21	12,65%	27	16,36%	19	11,45%	18	11,04%
Ich hätte sicher nicht Anzeige erstattet	27	16,27%	28	16,97%	22	13,25%	22	13,50%
Ich habe damals sowieso Anzeige erstattet	13	7,83%	15	9,09%	13	7,83%	13	7,98%
	166	100,00%	165	100,00%	166	100,00%	163	100,00%

Auch bei der Frage danach, ob die Maßnahme die Opfer damals dazu gebracht hätte, Anzeige zu erstatten, sehen wir keinen deutlichen Gewinner. Die stärkste Erhöhung in der Anzeigebereitschaft hat hier wiederum die Maßnahme C, Beleidigung und Mobbing zu einer Straftat zu erklären. Das liegt vor allem daran, dass die meisten LGBTI Opfer von Beleidigungen wurden. Wenn Beleidigungen als Straftaten eingestuft werden, würden sicherlich mehr Opfer als bisher derartige Fälle zur Anzeige bringen.

Ansonsten sehen wir, dass wir für fast alle Maßnahmen moderate Zugewinne in der Anzeigebereitschaft erhalten. Die stärkste Erhöhung der Anzeigebereitschaft beträgt bei Maßnahme C rund ein Fünftel.

Offene Antworten zu den Maßnahmen

Neben den vorgegeben Bewertungsmöglichkeiten im Fragebogen haben wir unseren Befragten auch die Möglichkeit gegeben, in einem offenen Feld ihre Meinung zu den einzelnen Maßnahmen abzugeben. Diese Antworten haben wir für die einzelnen Maßnahmen gesondert gesammelt und ausgewertet. Zusätzlich haben die Opfer von Verbrechen die Möglichkeit erhalten, anzugeben, ob sie eine Maßnahme dazu gebracht hätte, Anzeige zu erstatten. Haben die Opfer dies verneint, wurden sie ebenfalls um einen Kommentar gebeten.

- A. Auf Polizeistationen gibt es Ansprechpartner, die selbst LGBTI's sind und für den Umgang mit derartigen Straftaten besonders geschult sind (AnsprechpartnerIn für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, kurz AGL). Sie würden mit diesen Personen sprechen, wenn Sie eine Tat zur Anzeige bringen.

Insgesamt 62 Personen haben bei der ersten Maßnahme die Möglichkeit genutzt, noch einen Kommentar abzugeben. Sie gaben sehr unterschiedliche Einschätzungen über die Veränderung ihrer Situation durch die Maßnahme an. Durch eine inhaltsanalytische Teilung der 62 Antworten wurden 99 unterschiedliche Aussagen differenziert und geordnet. Dabei treten zum einen einige Häufungen auf, die gesammelt behandelt werden können, aber auch Einzelaussagen, die nicht zusammengefasst werden können.

Im Fall der ersten vorgeschlagenen Maßnahme gaben 31 Personen an, diese zu befürworten. Sie beschrieben sie generell als eine gute Idee, die umgesetzt werden sollte. Weitere 22 Personen merkten an, dass die Schulung wie sie zuvor beschrieben wurde, allen Beamtinnen/Beamten zu Teil werden sollte, und nicht nur von einigen speziellen PolizistInnen zu erwarten sei. Etwas abgeschlagen finden sich fünf Äußerungen, die Sorgen der Befragten um ein unfreiwilliges Outing beschreiben, welches sie befürchten, und weitere fünf haben die Maßnahme als unnötig eingeschätzt. Vier Personen bezweifelten, dass speziell geschulte Polizeibeamtinnen/Polizeibeamte in allen Stationen realistisch wären. Ebenfalls vier Personen wollten die vorgeschlagene Maßnahme um Diskriminierungen in anderen Bereichen erweitert sehen. Im speziellen geht es diesen um Rassismus- oder Sexismus-Probleme sowie Religionsfeindlichkeit.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
gute Idee	31
alle Polizisten sollen geschult werden	22
nicht nötig	5
Sorge um Outing	5
zusätzlich auch gegen Rassismus, Sexismus, Religionsfeindlichkeit schulen	4
Verständnis ist wichtig	4
Werden solche Beamten in jeder Station zu finden sein?	4
Sonderstatus für LGBTI schlecht	3

Gaben die Befragten an, die von ihnen erlebten Verbrechen trotz der vorgeschlagenen Maßnahme nicht zur Anzeige bringen zu wollen, wurden sie gebeten, dies zu begründen. Dieser Bitte kamen im Fall der ersten Maßnahme 55 Personen nach. Nach inhaltsanalytischer Zerlegung wurden so 91 unterschiedliche Aussagen differenziert.

Die Begründungen für das Nicht-Anzeigen der erlebten Verbrechen fielen sehr unterschiedlich aus. Dies kann bereits aus den unterschiedlichen Situationen, in denen sie Opfer eines Verbrechens wurden, erklärt werden. Einige Häufungen traten dennoch auf:

Unter den Aussagen finden sich 15 Personen, die angaben, dass ihnen die Tat zu unwichtig erschien, und die damit die Bedeutung des erlebten Verbrechens herunterspielen. Acht weitere gaben an, dass die Tat ihrer Ansicht nach strafrechtlich nicht weiter verfolgt hätte werden können. Sieben Personen begründeten ihre Entscheidung, die Tat nicht anzuzeigen, damit, dass ihnen der Aufwand zu hoch gewesen wäre. Bei fünf der Befragten herrschte ein zu geringes Vertrauen in die Polizei vor, um die erlebte Tat anzuzeigen, weitere fünf hätten den oder die Täter nicht mehr identifizieren können. Bei vier der Befragten handelte es sich bei dem Täter bzw. der Täterin um ein Familienmitglied, was dazu führte, dass sie von einer Anzeige absahen. Weitere vier Personen glaubten nicht an die Beweisbarkeit der erlebten Angriffe. Dass die TäterInnen minderjährig und damit strafunmündig waren, führten ebenfalls noch vier Personen als Begründung an, welche sie vom Anzeigen der Tat abhielt.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
Tat "zu unwichtig"	15
Tat Strafrechtlich nicht verfolgbar	8
Aufwand zu hoch	7
Täter unbekannt/nicht identifizierbar	5
kein Vertrauen in die Polizei	5
Täter ist Familienangehöriger	4
Täter nicht volljährig	4
Tat wäre nicht beweisbar	4
Angst vor Rache	3
"hätte nichts bewirkt"	3
kann ohne Polizei gelöst werden	3

- B. Alle Polizistinnen und Polizisten nehmen an einer eigenen Ausbildung teil, damit sie besser mit Verbrechen umgehen können, die mit LGBTI-Themen in Verbindung stehen.

Das offene Kommentarfeld zur vorgeschlagenen zweiten Maßnahme nützten 47 Personen. Die unterschiedlichen Einschätzungen aus diesen Antworten wurden inhaltsanalytisch in 66 Aussagen geteilt und geordnet. Dabei treten zum einen Häufungen auf, die gesammelt behandelt werden können, aber auch Einzelaussagen, die nicht zusammengefasst werden können.

Den zweiten Vorschlag zur Verbesserung der Situation von LGBTI als Opfern von Verbrechen bewerteten 28 Personen im offenen Feld als gute Idee, die ihnen hilfreich erschien. Acht Befragte glauben nicht an die tatsächliche Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahme. Fünf Personen äußerten Bedenken, dass ihnen der durch die Maßnahme entstehende Sonderstatus missfallen würde. Für drei Personen erscheint es nötig, eine solche Maßnahme verpflichtend einzusetzen, während drei weitere bezweifeln, dass die Maßnahme aufgrund von politischem Widerstand durchsetzbar wäre.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
gute Idee	28
Wirksamkeit unsicher	8
Sonderstatus für LGBTI schlecht	5
Verpflichtung zu dieser Maßnahme nötig	3
Politische Einstellungen erschweren eine Umsetzung	3

Konnte die vorgeschlagene Maßnahme die Befragten nicht überzeugen, die erlebten Verbrechen zur Anzeige zu bringen, wurden sie gebeten, dies zu begründen. Dieser Bitte kamen bei der zweiten Maßnahme 35 Personen nach. Nach inhaltsanalytischer Zerlegung wurden so 47 unterschiedliche Aussagen differenziert. Die Begründungen für das Nicht-Anzeigen der erlebten Verbrechen fielen sehr unterschiedlich aus. Dies kann bereits aus den unterschiedlichen Situationen, in denen sie Opfer eines Verbrechens wurden, erklärt werden. Einige Häufungen traten dennoch auf:

Neun befragte Personen gaben an dieser Stelle an, der Polizei nicht genug zu vertrauen, um ihre Situation zur Anzeige zu bringen. Zudem zweifelten sechs weitere die Wirksamkeit der Maßnahme überhaupt an. Fünf Personen gaben an, dass ihnen die erlebte Straftat nicht wichtig genug war und drei Personen erscheint eine Anzeige trotz der vorgeschlagenen Maßnahme als zu aufwendig.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
kein Vertrauen in die Polizei	9
Maßnahme ändert nichts	6
Tat zu unwichtig	5
Aufwand zu hoch	3

C. Beleidigungen und Mobbing werden zu einer Straftat erklärt. Damit werden die Strafen für die Täter und Täterinnen höher, wenn es zu einer Anzeige kommt.

Neben der kategorialen Bewertung der vorgeschlagenen Maßnahme fand sich auch ein Feld für offene Antworten, um diese zu kommentieren. Dieses Feld wurde bei der dritten vorgeschlagenen Maßnahme von 47 Personen genutzt. Diese gaben sehr unterschiedliche Einschätzungen über die Veränderung ihrer Situation durch die Maßnahme an. Durch eine inhaltsanalytische Teilung der 47 Antworten wurden 73 unterschiedliche Aussagen differenziert und geordnet.

Die dritte Maßnahme wurde von 17 Personen als gute Idee beschrieben, die sie gerne umgesetzt sehen würden. Neun Personen halten eine Erhöhung von Strafen für unwirksam und wünschen sich andere Maßnahmen, zum Beispiel im Bereich der Prävention. Ein Problem mit der Definition von Mobbing und Beleidigungen merken sechs der Befragten an. Für vier Personen sind persönliche Strategien im Umgang mit Tätern effektiver als eine Erhöhung des Strafmaßes. Drei weitere Personen sprechen der Maßnahme ihre Wirkung ab.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
gute Idee	17
Strafe unwirksam	9
Problem der Definition	6
persönliche Strategien nötig	4
Anzeige "bringt nichts"	3

Gaben die Befragten an, die von ihnen erlebten Verbrechen trotz der vorgeschlagenen Maßnahme nicht zur Anzeige bringen zu wollen, wurden sie gebeten dies zu erklären. Dieser Bitte kamen im Fall der dritten Maßnahme 23 Personen nach. Nach inhaltsanalytischer Zerlegung wurden so 36 Aussagen differenziert.

Für fünf Personen war hier ein zu großer Aufwand ausschlaggebend, was sie trotz der veränderten Gesetzeslage nicht von einer Anzeige überzeugen hätte können. Drei weitere aben an, dass ihnen die Tat zu unwichtig erschien, weswegen sie trotzdem von einer Anzeige absehen würden. Drei Befragte gaben an, dass sie den bzw. die TäterInnen nicht mehr gut genug identifizieren hätten können, und sie deshalb keine Anzeige erstattet hätten.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
Anzeige "zu aufwendig"	5
Tat "zu unwichtig"	3
Täter unbekannt/nicht identifizierbar	3

D. Es existieren besondere Ansprechstellen für LGBTI Verbrechen, bei denen Sie sich informieren können, wie die Anzeige abläuft und welche Dinge Sie beachten müssen.

Das offene Kommentarfeld zur vorgeschlagenen vierten Maßnahme nützten 33 Personen. Die unterschiedlichen Einschätzungen aus diesen Antworten wurden inhaltsanalytisch in 46 Aussagen geteilt und geordnet. Dabei treten zum einen wieder einige Häufungen auf, die gesammelt behandelt werden können, aber auch Einzelaussagen, die nicht zusammengefasst werden können.

21 Personen betonen, dass sie die Einrichtung von Ansprechstellen für eine gute Idee halten, die sie gerne umgesetzt sehen würden. Für acht Personen stellt ein potenzieller Sonderstatus von LGBTI-Personen ein Problem dar, weswegen sich drei von ihnen wünschen, dass solche Stellen auch für andere Randgruppen bzw. Minderheiten verfügbar gemacht werden sollen.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
gute Idee	21
Sonderstatus für LGBTI schlecht	8
sollte auch für andere Randgruppen / Minderheiten offen sein	3

Konnte die vorgeschlagene Maßnahme die Befragten nicht überzeugen, die erlebten Verbrechen zur Anzeige zu bringen, wurden sie gebeten, dies zu begründen. Dieser Bitte kamen bei der vierten Maßnahme 18 Personen nach. Nach inhaltsanalytischer Zerlegung wurden so 25 unterschiedliche Aussagen differenziert. Die Begründungen für das Nicht-Anzeigen der erlebten Verbrechen fielen sehr unterschiedlich aus. Einige Häufungen traten dennoch auf:

Fünf Personen unter den Befragten führten im offenen Kommentarfeld an, dass sie unterschiedliche soziale Konsequenzen fürchten, sollten sie eine der vorgeschlagenen Ansprechstellen besuchen. Diese Konsequenzen beziehen sich sowohl auf das eigene Umfeld als auch auf die Täter, die aufgrund der Maßnahme von der Anzeige erfahren könnten. So fürchten sich auch vier der Befragten vor Rache durch den oder die TäterInnen und zwei weitere führen generell Angst als Begründung an.

Offene Antworten, Zusammenfassung

	anz.
befürchtet soziale Konsequenzen aus dem persönlichen Umfeld	5
Angst vor Rache	4
Angst	2
Anzeige "bringt nichts"	2
Täter unbekannt/nicht identifizierbar	2

Vorschläge der Befragten

Im Anschluss an die vier vorgestellten Maßnahmen, welche LGBTI-Personen eine Anzeige möglicherweise erleichtern könnten, wurde den Befragten die Möglichkeit gegeben, ihre eigenen Ideen und Vorschläge zu formulieren, die ihre Situation im Falle eines Verbrechens verbessern könnten. Im entsprechenden Feld finden sich 70 Antworten, welche nach inhaltsanalytischer Differenzierung in 99 Aussagen unterteilt wurden.

Hier traten größere Häufigkeiten vor allem bei Ideen zur Prävention auf. Zum einen sehen 20 Personen unterschiedliche Werbekampagnen als geeignet, um ihre Situation zu verbessern. Darunter verstehen sie erstens Aufklärungskampagnen, die die Bevölkerung gegenüber LGBTI-Personen sensibilisieren sollen, um damit Präventionsarbeit zu leisten. Zweites schlagen sie vor, dass verbesserte Umgangsmöglichkeiten der Polizei im Sinne der vorgeschlagenen vier Maßnahmen innerhalb der LGBTI-Community beworben werden. Damit soll die Bereitschaft, eine erlebte Tat anzuzeigen, innerhalb der LGBTI-Community erhöht werden.

Zudem sehen 13 Personen Aufklärungskampagnen in den Schulen als besonders wichtig an, da dies ebenfalls präventiv wirken könnte. Sieben Befragte betonen in dieser Frage, dass für sie essenziell ist, dass ihre Anonymität erhalten bleibt, um ein ungewolltes Outing oder Racheakte der Täter zu vermeiden. Für Beratungsstellen, die leicht gefunden werden können, sprechen sich sechs Personen aus. Für sie ist es im besonderen wichtig, dass die Hilfe leicht und unkompliziert zugänglich ist.

Fünf Personen sprechen sich für eine Ausweitung der vorgeschlagenen Maßnahmen gegenüber anderen Randgruppen und Minderheiten aus und vier andere wünschen sich eine bessere Bekämpfung von Fehlverhalten innerhalb der Polizei, da dieses ihnen eine Anzeige unmöglich machen würde. Zudem finden sich noch jeweils drei Nennungen für die Verschärfung von Strafen im Bereich von Hassverbrechen und für ausgeweiteten Schutz vor unfreiwilligem Outing, insbesondere im ländlichen Raum.

Vorschläge der Befragten, Zusammenfassung

	anz.
Werbekampagne	20
Aufklärung an Schulen	13
Anonymität garantieren	7
Kennzeichnung von Beratungsstellen	6
gegen alle Arten von Diskriminierung vorgehen	5
Bekämpfen von Fehlverhalten innerhalb der Polizei	4
Schutz vor unfreiwilligen Outings	3
härtere Strafen	3

Fazit zu den Maßnahmen

Als Fazit für die Maßnahmen zur Erhöhung der Anzeigebereitschaft lässt sich festhalten, dass es keine einzelne Maßnahme gibt, welche eine Verbesserung des Anzeigeproblems mit sich bringen würde. Vielmehr scheint ein Mix aus unterschiedlichen Maßnahmen, welche auf breiter Basis adaptiert werden, am ehesten zum Ziel zu führen. Basierend auf diesen Daten schätzen wir, dass durch eine breite Implementierung ca. 25-45% aller Hassverbrechen gegen LGBTI zur Anzeige gebracht werden könnten.